

Verzugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cludenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftstagszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cludenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Misstrauensantrag gegen das Kabinett

Die Regierung Marx will nicht zurücktreten. — Die Sozialdemokratie fordert klare Entscheidung.

Das Reichskabinett trat heute früh um 9 Uhr zusammen, um über die Lage zu beraten, die durch den gestrigen Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion entstanden war. Es entschied sich dahin, nicht zurückzutreten, sondern vielmehr sein weiteres Schicksal der Entscheidung des Reichstags zu überlassen.

In der heutigen Reichstagsfraktion, die von 12 Uhr mittags auf 2 Uhr nachmittags verschoben worden ist, wird der Reichskanzler Marx Erklärungen abgeben, die die innere Gesamtsituation und die Zustände in der Reichswehr betreffen.

Für die sozialdemokratische Fraktion wird, wie schon gemeldet, Scheidemann sprechen. Die Fraktion ist in ihrer heutigen Sitzung nunmehr die Einbringung eines Misstrauensantrages beschlossen, dessen Schicksal von der Haltung der Deutschnationalen abhängt.

Von der Volkspartei und von anderen Stellen aus werden Versuche unternommen, um die Deutschnationalen zu einer Haltung zu bewegen, die der gegenwärtigen Regierung die weitere Existenz möglich macht. Ob diese Versuche Erfolg haben werden, steht dahin.

Einstweilen zeigen sich die Deutschnationalen sehr gereizt darüber, daß das Reichskabinett einstimmig beschlossen hatte, in Verhandlungen über die Große Koalition einzutreten. Sie werden schließlich ihre oppositionelle Haltung aufgeben, wenn ihnen nicht Zusagen gemacht werden, daß sich die Politik der Reichsregierung nach einer anderen Richtung orientieren wird.

Deutschnationale Anbiederungsversuche.

Der Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, der den Rücktritt der Reichsregierung verlangt, aber gleichzeitig die Bereitschaft der Partei, über die Bildung der Großen Koalition zu verhandeln zum Ausdruck bringt, hat in der bürgerlichen Presse einige Ueberraschung hervorgerufen. Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ spricht von einem Affront gegen die bürgerlichen Parteien, gegen Reichskanzler und Reichsregierung. Mit welchem Recht, das sei dahingestellt angeht die Tatsache, daß ja auch die Regierungsparteien wie die Reichsregierung sich für die Große Koalition erklärt haben.

Der Sinn der reaktionären Taktik ist freilich ein anderer. Der „Tag“ Hugenburgs plaudert ihn aus: Daß das Kabinett zurücktritt, wird für ganz unwahrscheinlich gehalten. Wenn die Sozialdemokraten dann ihr Misstrauensvotum einbringen, hängt das Schicksal des Kabinetts von den Stimmen der Deutschnationalen Volkspartei ab, die nunmehr nach dem Beschluß der Sozialdemokraten heute wichtige Beschlüsse zu fassen hat.

Die Haltung der Deutschnationalen wird natürlich davon abhängen, ob die Regierung bei einem Misstrauensvotum der Sozialdemokraten sich vorher mit den Deutschnationalen in Verbindung setzt. Also die Deutschnationalen wollen in die Regierung. Die vollparteiliche Presse äußert sich dazu nicht. Die Haltung des „Tag“ und des „Lokal-Anzeigers“ ist sogar eine weitgehende Begründung für den sozialdemokratischen Beschluß insofern, als die Reaktionäre damit rechnen, daß die Deutschnationalen bei der Deutschen Volkspartei und beim Zentrum einiges Entgegenkommen finden werden — trotz der Erklärung dieser Parteien für die Große Koalition. Also kommt es jetzt darauf an, Klarheit zu schaffen.

Die „Germania“, das führende Blatt des Zentrums, übt an dem sozialdemokratischen Beschluß eine scharfe Kritik, die der reaktionären Auffassung entgegenkommt: Die sozialdemokratische Taktik, die gestern in der Fraktion mit sehr großer Mehrheit, aber nicht einstimmig festgelegt worden ist, kann nur als ein Nachgeben gegenüber ihrem radikalen Flügel aufgefaßt werden. Mit Politik hat eine solche Taktik wenig mehr zu tun. Es ist doch kaum damit zu rechnen, daß die Verhandlungen so beschleunigt werden können, daß noch vor Weihnachten eine neue Regierung zustandekommt. Bis zum Zusammenritt des Reichstages hätten wir im Falle des Rücktritts lediglich eine Geschäftsregierung, die doch allerhand nicht unwesentliche außenpolitische Verhandlungen zu führen hat. Wir glauben nicht, daß die Reichsregierung und die Regierungsparteien viel Neigung zeigen werden, der sozialdemokratischen Forderung nachzukommen. Im Falle des Zusammenkommens der Großen Koalition hätte die Regierung sowieso zurücktreten müssen, um der Großen Koalition Platz zu machen, aber daß die Regierung zurücktritt, ohne daß die Sicherheit besteht, daß eine Mehrheitsregierung an ihre Stelle kommen kann, ist eine wenig politische Forderung. Kurzum: eine hoffnungslos sich abbahnende neue Situation ist durch den sozialdemokratischen Beschluß auf das äußerste gefährdet worden.

Die „Bosnische Zeitung“ deutet die Möglichkeit einer Verständigung mit der Regierung an; wenn diese scheitern sollten, müsse eine Gesamtdemission des Kabinetts oder die Reichstagsauflösung erfolgen.

Die sozialdemokratische Taktik, die gestern in der Fraktion mit sehr großer Mehrheit, aber nicht einstimmig festgelegt worden ist, kann nur als ein Nachgeben gegenüber ihrem radikalen Flügel aufgefaßt werden. Mit Politik hat eine solche Taktik wenig mehr zu tun. Es ist doch kaum damit zu rechnen, daß die Verhandlungen so beschleunigt werden können, daß noch vor Weihnachten eine neue Regierung zustandekommt. Bis zum Zusammenritt des Reichstages hätten wir im Falle des Rücktritts lediglich eine Geschäftsregierung, die doch allerhand nicht unwesentliche außenpolitische Verhandlungen zu führen hat. Wir glauben nicht, daß die Reichsregierung und die Regierungsparteien viel Neigung zeigen werden, der sozialdemokratischen Forderung nachzukommen. Im Falle des Zusammenkommens der Großen Koalition hätte die Regierung sowieso zurücktreten müssen, um der Großen Koalition Platz zu machen, aber daß die Regierung zurücktritt, ohne daß die Sicherheit besteht, daß eine Mehrheitsregierung an ihre Stelle kommen kann, ist eine wenig politische Forderung. Kurzum: eine hoffnungslos sich abbahnende neue Situation ist durch den sozialdemokratischen Beschluß auf das äußerste gefährdet worden.

Die „Bosnische Zeitung“ deutet die Möglichkeit einer Verständigung mit der Regierung an; wenn diese scheitern sollten, müsse eine Gesamtdemission des Kabinetts oder die Reichstagsauflösung erfolgen.

Finnlands neue Regierung.

Ein Kabinett sozialistischer Arbeit.

Das neue finnische Kabinett Tanner — das zweite sozialdemokratische in der Reihe der fünfzehn seit der 1917 erreichten Selbstständigkeit des Landes gebildeten Regierungen — deutet auf einen Wendepunkt in der politisch-parlamentarischen Entwicklung dieser nordischen Republik. Die Gemeinschaft der Arbeiterparteien bei dem sogenannten „Roten Aufbruch“ des Jahres 1918 hatte eine tiefe Kluft zwischen ihnen und den bürgerlichen Parteien geschaffen. Aber während die Kommunisten ihre ursprüngliche Verbindung mit Moskau nicht aufgeben wollten und deshalb noch im Jahre 1924 der Beraubung der Abgeordnetenmandate und der persönlichen Freiheit ausgesetzt waren, hat sich die Sozialdemokratie, die stärkste Partei des Landes, stetig und mit vollem Bewußtsein der in praktischer parlamentarischer Arbeit bewährten Taktik, angenähert, wie sie ihr die Bruderparteien Schwedens, Dänemarks und Englands vorgezeichnet hatten.

Das neue Kabinett Tanner setzt sich denn auch fast ausschließlich aus sehr gemäßigten Elementen der Partei zusammen; der Chef Väinö Tanner ist der Direktor der großen Konsumgenossenschaft „Elanto“, der auch der Innenminister Ikonen, der Finanzminister Ryömä, ursprünglich Arzt, später Redakteur des „Social-Demokraten“, entnommen sind, sowie der Handelsminister Hupli und die Gehilfin des Sozialministers Miina Sillanpää, ursprünglich Fabrikarbeiterin, später als Inspektorin der umfangreichen Gaststätten „Elantos“. Außenminister ist Woionmaa, Professor der nordischen Geschichte, Justizminister Mattila, Mitglied des Parteivorstandes und früher Oberdirektor des Gefängniswesens, Unterrichtsminister der Direktor des Nationalmuseums Aalto, Landwirtschaftsminister Peltala, Verkehrsminister der Gutsbesitzer Wuolujoki, der in Deutschland Mathematik studiert hat, und Sozialminister Helo, früherer Lehrer und Redakteur. Die Mehrzahl der Kabinettsmitglieder sind Abgeordnete.

Auf dem Programm der neuen Regierung steht an erster Stelle die Entwicklung der Arbeiterschutzeinrichtung, die Forderung der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens. Steuererleichterungen für die Minderbemittelten, Zollsenkung für Lebensmittel und notwendige Verbrauchsartikel, Verkürzung der militärischen Ausbildungszeit auf neun Monate und Einschränkung der Gesamtausgaben werden angestrebt. Die Stellung der Kleinbauern und Landarbeiter soll gebessert, die letzten rechtlichen Unbilden gegen die Teilnehmer am Aufstand von 1918 beseitigt werden; das Alkoholverbot bleibt aufrechterhalten und die nationalen Minderheiten sollen im Geist der demokratischen Regierungsform behandelt werden.

Die Sozialdemokraten verfügen unter den 200 Sitzen des Reichstags über 60, die Kommunisten haben 18, die Schwedische Volkspartei, Vertreterin der ehemals herrschenden Klasse, jezt einer nationalen Minderheit mit etwa einem Zehntel der Gesamtbevölkerung, ohne soziales Programm und wesentlich national betont, über 23, der Landbund (Bauernpartei) über 44, die Fortschrittspartei (Demokraten) über 17 und die Sammlungspartei (Konservative aus Intellektuellen, Handels- und Industriekreisen mit militaristischen und monarchistischen Tendenzen) über 38. Die Sammlungspartei und der Landbund hatten bisher unter dem Agrarier Rallio ein Minderheitskabinett gebildet, fiel aber die von ihr trotz öffentlicher Proteste und Enthüllungen an Korruption grenzende Munitionslieferungsaffäre und dürfte damit auch die von der Sammlungspartei beeinflusste ultranationalistische Politik ein für allemal erledigt haben. Diese Politik fand ihren Ausdruck, wie vielfach in neuen Nationalstaaten, in einer künstlich gezüchteten Sentimentalität und Sprachtranelei. Bekannt sind so groteske Fälle, daß der Oberkommandierende der finnischen Flotte wegen ungenügenden Sprachexamens im Finnischen seines Postens enthoben wurde — ein Fall für unzählige. Die sozialdemokratische Regierung dürfte für einen gerechten Ausgleich zwischen Finnisch und Schwedisch sorgen.

Sie wird aber nicht nur damit, sondern auch in ihrer ganzen außenpolitischen Haltung dem Ausland ein anderes Gesicht Finnlands zeigen können als die bisherigen bürgerlichen Regierungen. Zwischen Deutschland besonders und Finnland schienen bisher keine anderen politischen Verbindungen zu bestehen als die Erinnerungen an den Sieg der „Weißen“ 1918 und die ihnen aufgedrungene Hilfe der deutschen Truppen. Die in Deutschland ursprünglich gegen das zaristische Rußland ausgebildeten finnischen Jägerbataillone gaben den finnischen Hüttern dieser Tradition den Namen der Politik und Verwaltung beherrschenden „Jägerclique“; auch für Finnland schien es kein anderes Deutschland zu geben, als das des unverbesserten Baltikumgenerals von der Goltz und seinesgleichen. Diese „Exklusivität“ dürfte nun einer allgemeineren und offeneren Verständigung und Aussprache weichen.

Womit das Kabinett Tanner diese Aufgaben und Ziele, die sich ihm bieten und die es sich selbst gesetzt hat, verwirklichen kann, hängt von der jeweiligen Geselligkeit der anderen Parteien ab. Koalitionsmäßige Bindungen wurden abgelehnt. Soweit sich Tanner der Mitwirkung der Schweden und der Demokraten versichern kann, bleibt er immerhin stark genug, um nicht gestürzt zu werden, aber auch die Bauernpartei, die wesentlich liberaler gerichtet ist als ihre bisherige Regierungsverbündete, die Sammlungspartei, dürfte

Ungarische Bergarbeiterknechtung.

Bethlens „Wahltag“.

Budapest, 16. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Da die Bethlen-Regierung über ihren wohlvorbereiteten Sieg in den Bergwerksbezirken triumphiert und sich besitz, den unter dem größten Terror erzwungenen Wahlerfolg so hinzustellen, als wenn die Bergarbeiter aus Ueberzeugung der Sozialdemokratie den Rücken gekehrt und sich der Regierung angeschlossen hätten, ist es notwendig, die im ungarischen Kohlenbergbau herrschenden Verhältnisse ins richtige Licht zu stellen.

Die Bergleute bildeten in Ungarn von jeher eine Kategorie der schlechtestbezahlten und in den elendesten Verhältnissen lebenden Arbeiter. Zu einem menschlichen Dasein, zu leidlichen Wohnverhältnissen gelangten sie eigentlich nur während des Krieges, als der Wert der in Ungarn geförderten Braunkohle stieg, mit ihm die Löhne und die Arbeitsbedingungen besserten sich. Damals begann auch die Organisierung der Bergarbeiter, deren Mehrheit kulturell noch sehr rückständig war. Der Bergarbeiterverband wurde erst 1918 ins Leben gerufen. Nach dem Friedensschluß verringerten die Unternehmer die Produktion, ein großer Teil der Arbeiter wurde noch und noch entlassen. Einer großen Zahl der arbeitslosen Bergleute blieb nichts übrig als auszuwandern. In Frankreich arbeiten zurzeit ungefähr 4000 ungarische Bergarbeiter. Diese Emigration war auch für die Arbeiterbewegung ein schwerer Schlag. Die intelligentesten, am besten organisierten Arbeiter gingen auf diese Weise für die ungarische Bewegung verloren. Die Zuhausegebliebenen verfielen nach und nach in ein immer größeres Elend. Arbeitszeit und Löhne wurden jählich heruntergedrückt. Das Elend, die Arbeitslosigkeit, die Ungewißheit ihrer Lage, die Gefahr der Entlassung, welche als Damoklesschwert beständig über ihnen schwebte, trieb die Leute endlich in solch entsetzliche Verzweiflung, daß im Frühling dieses Jahres einige Tausend Bergarbeiter von Solgötáran sich auf den Weg machten, in der Absicht, zu Fuß nach dem ungefähr 100 Kilometer entfernten Budapest zu marschieren. Durch Graf Bethlens bewaffnete Macht wurde dieser Verzweiflungsplan der Bergarbeiter schon am Anfang vereitelt.

Nun kam aber der englische Bergarbeiterkampf und damit

eine Konjunktur auch im ungarischen Kohlenbergbau. Die verschuldeten, verhungerten, herabgekommenen Leute gelangten für einige Monate wieder zu besserem Verdienst. Jetzt aber sieht die ungarische Kohlenproduktion wieder einem Rückfall entgegen, was man natürlich als eine überaus wirksame Waffe des Wahlterrors benützt. Man darf nicht vergessen, daß die Abstimmung in all diesen Bezirken öffentlich ist und daß die Wahlpräsidenten und Wahlkommissionen Direktoren, Aufseher, Ingenieure der Bergwerkgesellschaften sind. Wer hat da noch den Mut, sich als Sozialdemokrat zu bekennen, was sichere Entlassung bedeutet?

Eine Arbeitslosenunterstützung existiert in Ungarn nicht; der Entlassene wird aus seiner Wohnung mitten im Winter sofort hinausgeworfen, denn die Wohnung gehört dem Werk. Er verliert auch seinen Pensionsanspruch, denn nach dem Gesetz hat jede Unternehmung ihre eigene Pensionskasse, und wenn der Arbeiter entlassen wird, fällt auch die Pension weg! Nichts beweist besser, daß der Wahlerfolg ausschließlich durch die terroristischen Mittel erzielt wurde, als die Tatsache, daß diejenigen Bergarbeiter, welche aus dem Bauernstand stammen und ihr eigenes Kleinhaus besitzen, trotz allem Zwang ihre Stimmen für den sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben haben. Ebenso haben die Bauern, die ein Stück eigenes Feld haben, für die Sozialdemokraten gestimmt.

Um das Bild zu vervollständigen, muß man noch erwähnen, daß in Ungarn Wahlplünder herrscht und Nichtwähler bestraft werden. Ist es zu verwundern, daß die von den Ingenieuren, Aufsehern und einzeln bearbeiteten Bergleuten, wenn sie vor die Wahlkommission kommen und dort ihre Vorgesetzten erblicken, nicht ihrer Ueberzeugung nach abstimmen? Dennoch fanden sich in jedem dieser Kohlenwahlbezirke Tausende tapfere Bergarbeiter, die sich heldenmütig zur Sozialdemokratie bekennen und damit einen Beweis unerschütterlicher Treue zur Arbeiterbewegung geliefert haben.

vielfach mit den Sozialdemokraten zusammengehen, und selbst die Unterstützung der Kommunisten erscheint nicht für alle Fälle ausgeschlossen. Tannet hat auf alle Fälle nur eine Probezeit von sechs Monaten zu bestehen; denn im Juni n. J. finden die fälligen Neuwahlen statt. Von den Ergebnissen dieser Probezeit wird es abhängen, ob die Mehrheit der Wähler seinem Kabinett und den ihm in praktischer Arbeit verbundenen Parteien weiteres Vertrauen schenken wird. In jedem Fall ist die politisch-parlamentarische Versenkung, der die bürgerlichen Parteien die Sozialdemokratie die letzten sieben Jahre ausgehakt haben, endgültig gebrochen, und alle Aussichten deuten darauf, daß sie auch künftig in der Politik eine ihrer Anhängererschaft entsprechende Bedeutung erhalten wird.

Regierungsparteien gegen Regierung. Um die Erhöhung der Biersteuer.

Am 1. Januar 1927 soll die im August 1925 unter der Regierung Luther-Schlehen beschlossene Erhöhung der Biersteuer um ein Drittel der bisherigen Sätze in Kraft treten. Ein Antrag der Bayerischen Volkspartei will diese Erhöhung um ein Vierteljahr hinauschieben. Bismarck und Deutschnationale beantragen die Hinausschiebung bis zur Aufhebung der Gemeindegetränksteuern, die Kommunisten sogar die völlige Aufhebung der ganzen Biersteuer. Am Mittwoch und Donnerstag beschäftigte sich der Reichsausschuss des Reichstags mit diesen Anträgen. Für die Reichsregierung erklärte Staatssekretär Dr. Poppi, selbst die Durchführung der Hinausschiebung um ein Vierteljahr sei unmöglich, da die Reichsfinanzen eine weitere Schwächung der Einnahmen nicht gestatten. Bemerkenswert war die Feststellung des Abg. Dr. Horlacher von der Bayerischen Volkspartei, die Brauereindustrie beabsichtige eine Preiserhöhung von 6 Pf. für den Liter, während die Steuererhöhung nur 1,65 Pf. für den Liter ausmache!

Trotzdem der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold im Plenum des Reichstages verlangt hatte, daß die Regierungsparteien die Hinausschiebung der Steuererhöhung nicht unterstützen dürften, stimmten sowohl Mitglieder der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei für diesen Antrag. Er fand eine Mehrheit, so daß eine endgültige Entscheidung über die Biersteuererhöhung erst im Plenum des Reichstages erfolgen wird.

Der Kampf um das Fürstensperrgesetz.

Die Bürgerlichen helfen den Fürsten gegen die Länder!

Der Rechtsausschuss des Reichstags beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit der Regierungsvorlage, die im Interesse der Länder die Aussetzung aller Fürstenprozesse um ein weiteres halbes Jahr vorseht und für diese Zeit alle Veränderungen von Gegenständen, über die ein Streit zwischen einem Lande und einem Fürstenhaus besteht, verbietet. Die Regierungsparteien beantragten, dieses Verbot nicht unmittelbar von Reichswegen auszusprechen, sondern lediglich den einzelnen Ländern das Recht zu geben, durch Landesgesetz ein solches Verbot auszusprechen.

Genosse Dr. Rosenfeld wandte sich gegen diese Verwässerung der Regierungsvorlage. Der Reichstag würde wieder einmal zugunsten der Landesgesetzgebung abdanken; wenn der Antrag der Regierungsparteien angenommen würde. Damit würde auch der Streit nicht erledigt, sondern nur in die Länder verlegt. Die einzelnen Regierungen würden auch kaum in der kurzen Zeit bis Neujahr ein Gesetz zustande bringen. Der Thüringer Landtag gebe sehr auseinander, und ob die Regierung ein Gesetz erlassen könne und wolle, sei noch äußerst zweifelhaft. Genosse Rosenfeld schloß mit der Frage an den Vertreter des Thüringer Landes, was die Regierung Thüringen zu dem Antrag der Regierungsparteien zu sagen habe.

Minister Mühlert antwortete für die Thüringer Regierung, daß der Antrag der Regierungsparteien außerst unerwünscht sei und daß er befürchte, dieser Antrag würde der Landesgesetzgebung große Schwierigkeiten bereiten. Merkwürdigerweise blieb

der Abg. v. Richthofen (Dem.) trotzdem bei dem Antrag der Regierungsparteien. Abg. Eberling (Dnat.) hielt eine seiner üblichen Fürstenvorlesungen, er erzählte von der Not deutscher Fürsten, tadelte die Thüringer Regierung wegen ihres rigorosen Verhaltens gegenüber den Fürsten und sprach natürlich gegen jeden gesellschaftlichen Schutz des Volkes.

Genosse Dietrich-Thüringen trat ihm entgegen, indem er darauf hinwies, daß vor allem das sonderbare Verhalten des Vertreters der Fürsten von Schwarzburg ein sofortiges reichsgesetzliches Eingreifen unbedingt notwendig mache. Angesichts des Verschwindens von Gegenständen erheblichen Wertes aus Schwarzburger Schlössern habe sogar die Thüringer Regierung, die doch Herrn v. Eberling politisch sehr nahe stehe, an jene Fürsten natürlich nicht mehr die Rente zahlen können, weil der Schadenersatzanspruch des Landes wegen der Beschaffung von Wertgegenständen viel größer als die Rente gewesen sei. Die bestätigte alsdann noch ausdrücklich der Vertreter der Thüringer Regierung.

Bei der Abstimmung stimmten für die ursprüngliche Regierungsvorlage nur die Sozialdemokraten und Kommunisten. Alsdann wurde der Antrag der Regierungsparteien gegen die Deutschnationalen und Bismarckianer angenommen. Die Vorlage wird noch heute im Reichstage verabschiedet.

Hilfe für die Luxemburggänger.

Ausnahme eines sozialdemokratischen Antrages.

Im Reichstagsausschuss für die besetzten Gebiete wurde folgender Antrag Rischmann (Soz.) und Genossen einstimmig angenommen:

„Der Reichstag wolle beschließen, den etwa 2000 im deutschen Reichsgebiet wohnenden Arbeitern und Angestellten, die im Bereich des Großherzogtums Luxemburg beschäftigt sind (sogenannte Luxemburggänger), wird in Anbetracht der großen Notlage, in der sie sich infolge der Frankensituation befinden, unbedingt um die von der Regierung nach Prüfung der Verhältnisse in Aussicht gestellten Maßnahmen, noch vor Weihnachten eine einmalige Unterstützung in dreifacher Höhe der für die unter gleichartigen Verhältnissen lebenden „Saargänger“ gültigen Monatslöhne — rund 80 000 Reichsmark — gezahlt.“

Weiter wurde ein bürgerlicher Antrag genehmigt, der verlangt, daß die Beschränkung des besetzten Gebietes und die neutrale Zone bei den Reichswahlkreislösungen berücksichtigt werden sollen.

Die Umgemeindungen in Oberschlesien.

Fortsetzung der Etatsdebatte im Landtag.

In der heutigen Landtagsitzung stimmte das Haus zunächst über den Gesetzentwurf betr. die Ein- und Umgemeindungen in Oberschlesien ab. Der Gesetzentwurf der Regierung wurde samt den Abänderungsanträgen der Regierungsparteien mit großer Mehrheit angenommen.

Hierauf wurde nach den Vorschlägen des Geschäftsordnungsausschusses der Antrag auf Straferfolgung des Abg. Graf v. Hellendorf (Bism.) angenommen, dagegen die Anträge auf Straferfolgung der Abgeordneten Rubert (Soz.) und Noerde (Komm.) abgelehnt. In der Fortsetzung der Debatte über den Gesetzentwurf sprach zunächst

Abg. Falk (Dem.): Die Deutschnationalen stellen sich heute anders zum preussischen Staat als früher, weil sie in ihm nicht mehr ihre Domäne sehen. Locarno, Thoiry und Genf haben uns weiter gebracht. Die Sozialdemokratie möge aber jetzt im Reiche den Bogen nicht überspannen. Der Redner spricht bei Redaktionschluss weiter.

Die unzureichende Beamtensoldung.

Stellungnahme des ADB.

Der am 15. Dezember versammelte erweiterte Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes nahm zu der nunmehr abgeschlossenen Besoldungsbewegung Stellung. Er stellt fest, daß die von der Regierung vorgeschlagene und von der Mehrheit des Reichstags beschlossene einmalige Zulage für die Beamten der Gruppe I bis XII nicht als ausreichende Maßnahme zur Behebung der wirtschaftlichen Notlage der Beamten

in den mittleren und insbesondere in den unteren Gruppen angesehen werden kann. Der erweiterte Vorstand muß daher nach wie vor an der Forderung festhalten, die wirtschaftliche Lage der unteren und mittleren Beamten endlich durch eine angemessene Erhöhung des laufenden Teuerungszuschlages zu erleichtern. Diese Notwendigkeit wird auch durch die für den Sommer des nächsten Jahres in Aussicht gestellte Revision des Besoldungsgesetzes nicht beseitigt.

Beamte und Arbeitsgerichte.

Zur Arbeitsgerichtsgelei stellte der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes mit Bedauern fest, daß die Parteien des Reichstags bei der Beratung und Verabschiedung dieses Gesetzes in keiner Weise den vom Allgemeinen Deutschen Beamtenbund vorgebrachten berechtigten Wünschen der Beamtenschaft Rechnung getragen haben. Die Forderungen des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes bezwecken, gegenüber der gegenwärtigen unzulänglichen Regelung des Rechtsweges für Beamte die Vorteile des Verfahrens vor den Arbeitsgerichten auch auf die Beamten auszudehnen. Der erweiterte Vorstand erwartet, daß wenigstens bei der kommenden Reform der Beamtengesetzgebung diesem berechtigten Verlangen Folge gegeben wird.

Chamberlain über die Räumung.

Er spricht davon, aber befürwortet sie nicht ausdrücklich.

London, 16. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der englische Außenminister wurde am Mittwoch im Unterhaus von mehreren Mitgliedern der Arbeiterpartei über die Zurückziehung der alliierten Truppen im Rheinland interpelliert. Chamberlain erwiderte: „Wenn sich die Anfragen auf eine Zurückziehung der Truppen vor dem vertraglichen Endtermin beziehen, so kann ich nur sagen, daß für die Haltung der englischen Regierung auch weiterhin die im Artikel 431 des Versailler Vertrages niedergelegten Bedingungen maßgebend sind. Abgesehen davon handelt es sich um eine Frage, in der die Regierung im Benehmen mit den Regierungen der anderen Befehlsmächte vorgeht. Im übrigen hat die Zurückziehung der alliierten Truppen den Gegenstand von Erörterungen zwischen Vertretern verschiedener Mächte gebildet, aber für Schritte dieser Art ist nicht nur Zeit erforderlich, sondern die tätige Mitarbeit sowohl der deutschen Regierung als auch der anderen Mächte, damit eine Lösung gefunden wird.“

Um die Anerkennung von Kanton.

Militärische Erfolge des Südens. — England wartet mit der Anerkennung.

London, 16. Dezember. (E.V.) Der Uebergang der Provinz Tschingiang zu den Kantonesen wird von den englischen Vätern als Last empfunden.

Die Verhandlungen zwischen dem englischen Gesandten, Lampson, und den Vertretern der Kantonesen in Hankau haben nach den letzten Berichten eine etwas hoffnungsvollere Wendung genommen. Von der „Daily News“ wird darauf hingewiesen, daß zwischen den beiden Verhandlungsleitern ein enger persönlicher Kontakt hergestellt worden ist. Die Schwierigkeiten liegen jedoch darin, daß der kantonesische Vertreter auf die extremen Elemente in Kanton Rücksicht nehmen müsse, während von seinen englischen Vertretern eine Anerkennung der Kantonregierung noch nicht erfolgen könne. In England sei man der Auffassung, daß die Kantonregierung zunächst beweisen müsse, daß sie tatsächlich genügende Stabilität für die Zukunft besitze. Man verlangt anscheinend auch, daß die Kantonesen die Rechte der Ausländer anerkennen. Der „Daily Telegraph“ berichtet, daß zwischen den einzelnen Vertragsmächten in China zurzeit Verhandlungen stattfinden, um zu einem gemeinsamen Programm für Konzessionen gegenüber den Chinesen zu kommen.

Seydoux, Dirigent der politischen Abteilung im französischen Außenministerium, tritt in den Ruhestand. Er war bei den Reparationsverhandlungen international bekannt geworden.

Das moderne reiche Amerika.

Von Otto Hans Joachim.

Das ist das moderne Amerika, das auch in der Hinrichtungsart, in der Art, den Verurteilten das Leben zu nehmen, der ganzen Welt Trumpf bietet. Die Hinrichtung durch den elektrischen Stuhl soll abgeschafft werden und an dessen Stelle der gewaltsame Gang vom Diesseits ins Jenseits durch Blausäuregas befördert werden. In 30 Sekunden ist das hinzurichtende Individuum bewußtlos, und 100 Sekunden später hat es die Erdenqualen abgelebt. Die erste Hinrichtung ist im Beisein von Gelehrten und Forschern vollzogen worden und — gelungen.

Dieses Ergebnis der modernen Wissenschaft, Versuche, die Unsummen Geldes verschlingen, konnte sich Amerika leicht leisten. Amerika hat ja den Vorzug des unermesslichen Reichtums. Die größte Anhäufung dieses Vermögens befindet sich im Bankenviertel von New York. Wohl die größte Menge von Schätzen an Gold und Juwelen, die die alten, wegen ihres Reichtums bekannten Herrscher Indiens oder die Vermögen der morgenländischen Fürsten weit in den Schatten stellen, liegen dort beisammen. Schätze, die nur die Phantasie in ihren ärgsten Ausschweifungen sich vorstellen kann. Das alles liegt unten in den mächtigen Gewölben. Stöße von Goldbarren, Kisten mit geschlossenen und ungeschlossenen Edelsteinen, das blinzt und reizt die menschliche Gier, das lockt die Habgier, wenn man davon erzählt oder es gar sieht. Diamanten von wunderbarer Härte und zauberhaftem Glanz, Saphire, Smaragde, Türkise und Amethyste, Rubine von Ceylon und auf den Schnüren endlose Perlenketten, alles funterbunt aus aller Herren Länder. Amerika zählt und Amerika besitzt.

Als vor einiger Zeit die Staatsbank etwa über drei Milliarden Dollar in der Kalifornische überführte, war das sicherlich kein gewöhnlicher Umzug. Ohne Zweifel war das der größte Geldtransport, den die Welt jemals gesehen hat. In 37 gasförmigen Panzerautos, durch die von Maschinengetriebenen und Revolvern strotzenden Straßen, bewacht von etwa 30 Mann des Washingtoner Geheimdienstes, 60 New-Yorker Polizisten, etwa 30 Mann von der Sprengabteilung und 120 bewaffneten Angestellten der Expressgesellschaft, zog sich der Transport durch die vier Häusergevierte.

In der Stille eines Sonnabendmorgens, just an jenem Tage und zu jener Zeit, da der allgemeine Verkehr am schwächsten ist, wurde etwa über eine halbe Milliarde Dollar, bewacht von den eben genannten Beamten, transportiert. Am zweiten Tage erfolgte der Hauptumzug. Vier mit schußfertigen Maschinengewehren ausgerüstete Panzerautos, auf jedem mit Revolvern ausgerüstete Wächter, standen in den zu postierenden Zwischenstraßen, und vor der Eingangshalle des alten Bankgebäudes stand wieder ein die Eingänge bestreichendes Maschinengewehr. Daselbst Schauspiel beim Eingange des neuen Bankgebäudes. Sieben Panzerautos be-

sorgten den Transport. Auch der Wagen Nr. 501 befand sich darunter. Er soll nach der Ansicht des Erbauers gegen jeden Angriff gesichert sein. Mehr als hundert Fahriren waren notwendig, um an Gold und Silber allein 750 Tonnen zu befördern. Jede Ladung hatte 15 bis 25 Millionen Dollars in bar und an Wertpapieren, die in kleinen Stahlschränken untergebracht waren, zu befördern.

Diese fernhaften Reichtümer, die auf die Autos zum Transport verladen wurden, hatten naturgemäß auch einen großen Teil der sogenannten Verbrechen an sich gelockt. Doch die größte, raffinierteste und wohlhabendste Phantasie mußte hier versagen. Ohne es nur überhaupt gewagt zu haben, etwas zu unternehmen, mußten die Künftigen zurückbleiben. Nicht die Furcht vor den Maschinengewehren und der Bewachung, sondern die Hilfsmittel und Kenntnisse der modernsten Technik zwangen sie zum Rückzug. Alles ist mit Stahlüren versehen, die trotz ihres Riesengewichtes mit einer Genauigkeit schließen, die im Zweifel lassen, ob sie Luft hindurchlassen. Der Boden, die Wände, alles Stahlplatten mit Zement verstärkt. Durch die dicken Wände wurden die Kabel eingebaut, und mit Eisen- und Stahlstangen wurde geradezu verschwenderisch umgegangen. Schlösser voll kunstvoller Kombination, jedes ein Meisterstück für sich, wurden angebracht, und diese Schlösser wurden wieder durch Vorhängeschlösser, die verriegelt sind, gesichert. Eine ewig fortlaufende Kette technischer Kunst. Ein stummer aber furchtbarer Wächter ist Wärg dieses Riesenermögens. An dem Ganzen nur zu rühren wäre Wahnsinn, siehe — Tod durch den elektrischen Strom. Der ganze Bau liegt unter dem sogenannten „Toten Linie“. Das sind fünfzig Fuß unter dem Grundwasserpiegel und muß als eine der ersten Vorichtsmaßnahmen bezeichnet werden, denn kein vorbestraftes Individuum darf sich in diesem Bereiche erwischen lassen, ohne sich in die Gefahr zu begeben, sofort verhaftet zu werden. Die Tiefe ist auch deshalb gewählt, um eine Untertunnelung zu verhindern.

Menschengeist hat in der Not der Zeit diese Erfindungen machen müssen, um derartige Riesenermögen zu sichern. Wiederholt sind große Bankplünderungen vorgekommen, so ist zum Beispiel der verwegene Ueberfall im Jahre 1880 auf die Manhattanbank erwähnenswert, wo mit einem Schloße nicht weniger als drei Millionen Dollar geraubt wurden.

In den Kellern der Banken mehren sich immer mehr und mehr die Schätze, in den Herzen der Menschen mehrt sich mit den fremden Schätzen der Haß gegen sie. Erpressungen, Totschlag, Mord sind an der Tagesordnung, und die Folge ist die Hinrichtung durch den elektrischen Stuhl — doch nein, durch — Blausäuregas.

Nachvorstellungen. Eine wenig beachtete Folge der verlängerten Vollzeitsünde sind die nachlässigen Theatervorstellungen, die jetzt in Berlin ausbrechen. Für die Leute, die zu den üblichen Stunden noch nicht genug am Theater hatten, war auch schon gefordert durch die Sonntagsmatineen, an denen unsorgbare disentan-

tische Nachwerke von dreiften Richtschnoren aufgezäumt und vorgeführt werden.

Solange die Zeitungen, die wichtige technische Errungenschaften, ernste Bücher mit Stillschweigen belagern, über diesen Unfug berichten, wird er von den Theateradiphen sorgeleitet. Indes sindige Theaterunternehmer fürchten, daß das vergnügungssüchtige Berlin zwischen 11 und 1 Uhr nachts keine Bleibe hat und lieber als ganze oder halbe Freischärler in die frisch gelüfteten Nachttheater strömen, als 1,50 M. für ein Liter bayerisches Bier (ungerechnet das schlechte Einschenken!) zahlen wird. So rückt denn auch das aus Frankfurt am Main stammende Budapest Postentheater zur nächsten Exkursion ins „Trianontheater“. Bei näherem Zuschauen empuppte es sich als das alte Herrnsied-Theater, das in altgewohnter Weise mit jüdischen Wiven und fröhlichen Derbheiten haustieren geht. Gajim naeas! Neben Janay Herrnsied tat sich Rudolf Bergl hervor, der wirklich ein Borgospfeler im Quadrat ist.

Das Horoskop als Weihnachtsgeschenk. Die Teilzahlungspraxis dehnt sich jetzt auch auf die Lebensspiegel aus, die man von einem der vielen „astrologischen Institute“ beziehen kann. Die Konkurrenz unter den Sterndeutern macht sich eben auch schon reichlich bemerkbar. Ein Max R., der sich „Praktischer Astrologe“ nennt, empfiehlt seine Prima Horoskope als Weihnachtsgeschenk, und zwar ein achtseitiges Geburtsstageshoroskop zu 18 M., 16seitiges 45 M., 30seitiges 90 M. und 60seitiges 180 M. Ein Jahreshoroskop kann man schon für 40 M. haben.

Um die Anschaffung dieses Zukunftsbildes zu erleichtern, gibt der „Praktische Astrologe“ sein Horoskop gegen ein Viertel Anzahlung ab. „Den Rest können Sie in monatlichen Teilzahlungen tilgen“, schreibt er entgegenkommend, „so wie Ihnen das nach der Ihnen prophezeiten Zukunft möglich ist. Dabei wollen Sie meine erklährten Horoskope nicht mit den vielen minderwertigen Konkurrenzhoroskopen vergleichen, die sich oft als plumper Schwindel erweisen. Meine Horoskope sind auf streng wissenschaftlicher Grundlage (?) aufgebaut, wofür schon mein Stab erster Hochgelehrter bürgt.“ Die Zukunft auf dem Weihnachtstisch — und womöglich noch eine recht rosige Zukunft. Und auf Kredit mit langer Sicht. Mehr kann man in der Tat nicht verlangen!

Die Gesellschaft für Höhlenforschung und Höhlenkunde veranstaltet am Freitag, 17. Ubr. in der Geologischen Landesanstalt, Jussidenstraße 41, einen Vortragabend, auf dem Herr Hermann über „Der geologische Hintergrund der Abenteurer des Olduvai bei der Höhle des Schlossen“ referieren wird. Gäste sind willkommen.

Gemeinames Theater Gera-Iltenburg. Da der Jährl zu Neujahr, bezügl. des Neujährlichen Theaters allein unterhalten hatte, dazu nicht mehr in der Lage ist, haben die Intendanten des Neujährlichen Theaters und des Iltenburgischen Landestheaters die Vereinigung beider Bühnen beschlossen. Es soll ein Zuschuß von 500 000 Mark gewährt werden und zwar die eine Hälfte vom Jährl zu Neujahr und die andere vom Iltenburgischen Staat.

In der Internationalen Musik-Ausstellung, die im Mai 1927 in Genf stattfindet, wird sich eine der bedeutendsten rückblickenden und historischen Sektionen befinden. Es werden die europäische Kultur und die wichtigsten Weltkulturen an der Ausstellung teilnehmen, indem sie Instrumente von großer Seltenheit zeigen.

Die „Fälschung“.

Die „Rote Fahne“ und das Moskaidokument.

Die Herrn Plek von Moskau eingeklagte Ausrede, daß der im Preussischen Landtag verlesene Brief der Sowjetstaatsbank an die „Gesu“ eine Fälschung sei, wurde gestern abend durch Genossen Kuttner völlig widerlegt. Immer verworrener, immer lästlicher wurden Herrn Pleks Ausreden, immer länger die Gesichter seiner kommunistischen Freunde, immer lauter das Gelächter des Hauses über die Verzweiflungsprünge des kommunistischen Moskaidokumentes, der schließlich — völlig abgelenkt und erschöpft — sogar die Existenz der von ihm bisher für „Gespinnstspinn“ erklärten Munitionsdampfer im Stettiner Hafen zugab und nur noch ihren Kirsprung abzupfeifen suchte.

Die „Rote Fahne“ tut freilich, als wäre nichts geschehen und hält eisensternig an der Behauptung einer „Fälschung“ fest. Wie liegen die Dinge? Genosse Kuttner führte gestern im Landtag aus: Am 20. September richtete die offizielle Sowjetbank an die Moskauer Filiale der „Gesu“ ein Schreiben mit dem Ersuchen, die in Berlin bei zwei Großbanken für Moskau eingezahlten Gelder künftig nicht mehr direkt nach Moskau, sondern über die Equitable Trust-Bank New-York nach Moskau anzumeifen. Die Moskauer Filiale der Gesu sendet Abschrift dieses Schreibens an die beiden Berliner Großbanken, die prompt vom Eingang dieses Schreibens an den neuen Überweisungsweg — und zwar handelt es sich um Millionensummen — einschlugen. Von Ende September bis zum 10. Dezember, also rund 2½ Monate lang! Das soll auf Grund einer Fälschung geschehen sein, ohne daß der Absender des angeblich gefälschten Briefes, die russische Staatsbank, jemals gegen das neue Verfahren, das ihm bei einer Fälschung des Briefes doch gänzlich unerklärlich gewesen sein müßte, Einspruch erhoben hätte!

Weiter: Am 10. Dezember wird das angeblich gefälschte Schreiben im Landtag verlesen. In den beiden Berliner Großbanken entsteht ungeheuerste Aufregung; die eine stellt fest, daß das angeblich gefälschte Schreiben aus ihren Akten verschwunden ist. Gegen ihren Willen! Wie konnte das der angebliche Fälscher voraussehen, wie konnte er überhaupt auf den Gedanken kommen, daß seine in den Akten einer Großbank ruhende angebliche Fälschung je an die Öffentlichkeit kommen würde, und welchen Zweck könnte eine Fälschung gehabt haben, die einerseits durch ihre praktische Wirkung von den Beteiligten sofort als solche erkannt und aufgedeckt worden wäre, mit deren Erscheinen in der Öffentlichkeit andererseits gar nicht zu rechnen war?!

Schließlich: Sofort am Tage nach Verlesung des Schreibens im Landtag würden die Konten der Gesu bei den beiden Berliner Großbanken aufgelöst, die Gelder von der Preussischen Staatsbank übernommen. Hätte die Bekanntheit eines gefälschten Briefes diese Wirkung auslösen können?

Die „Weltbühne“ hat schon recht, wenn sie schreibt, daß die „Ehrlichkeit“ der deutschen Kommunisten in dieser Sache einen Grad annehme, daß sie bereits gegen die guten Sitten verstöße. Das vom Genossen Kuttner im Landtag verlesene Schreiben, das die Beziehungen der Sowjetregierung zum deutschen Reichswehrministerium klar enthüllt, ist echt, unzweifelhaft echt, wie die Wirkung dieser Verlesung und die gesamten Umstände zeigen. Daß die Moskauer-Offiziere sich an einen ungenauen Zeitungsbericht hielten, während sie sich aus dem amtlichen Landtagsprotokoll jenerzeit überzeugen konnten, daß Genosse Kuttner das Schreiben im Landtag vollkommen richtig verlesen hat, zeigt ebenso den Grad ihrer Verlogenheit, wie die halben Jugendlustige, zu denen Plek sich schließlich bequemte mußte.

Wie der Magistrat arbeitet.

Gegen Dr. Stölzel Wahl zum Schuldirektor in Berlin.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion sieht sich genötigt, den Magistrat um Auskunft über ein sehr eigenartiges Verhalten zu ersuchen, das er gegenüber der Wahl des früheren braunschweigischen Landesschulrats Dr. Stölzel zum Direktor des Berliner Sophiengymnasiums für zulässig gehalten hat. Sie richtet an den Magistrat folgende Anfrage:

„Der Magistrat hat nach der Wahl des Herrn Stadtschulrats, aber vor seiner Einführung, beschlossen, dem Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zu empfehlen, die Wahl des von dem Bezirksamt Prenzlauer Berg zum Direktor des Sophiengymnasiums gewählten Landesschulrats Dr. Stölzel wegen der Wohnungsnot nicht zu bestätigen, obwohl die Dienstwohnung seit Monaten leersteht. Der Magistrat hat diesen Beschluß dem Herrn Minister mitgeteilt, ohne die Schiedsstelle angerufen zu haben, die nach § 26 des Gesetzes vom 27. April 1920 zu entscheiden hat, wenn der Magistrat den Beschluß eines Bezirksamtes beanstandet, ja ohne dem Bezirksamt Prenzlauer Berg von diesem Beschluß Mitteilung gemacht zu haben. Wie geht der Magistrat diesen Schritt zu rechtfertigen?“

Die Weihnachtsspende für städtische Arbeiter.

Dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, der für die Arbeiter der Stadt eine noch vor Weihnachten auszuführende Wirtschaftshilfe fordert, ist der Magistrat beigetreten. Er hat sich aber nicht mit den Beträgen einverstanden erklärt, die der Stadtverordnetenbeschuß für jeden Arbeiter und jede Arbeiterin auf 50 M., für eine Ehefrau auf 10 M., für ein Kind auf 5 M. festgesetzt hat. Der Magistrat will die Weihnachtsspende in derselben Höhe zahlen, wie das Reich und der Staat sie ihren Arbeitern zahlen werden. Was Reich und Staat zahlen werden, weiß man noch nicht. Soll der Beschluß des Magistrats den Arbeitern der Stadt eine Kürzung der Weihnachtsspende bringen?

Schwere Unfälle bei der Arbeit.

Ein folgenschwerer Unfall mit tödlichem Ausgang trug sich heute früh gegen 5 Uhr auf dem Nordbahnhof in der Bernauer Straße zu. Der Kutsher Philipp Schreiner aus der Bornholmer Straße 92, der bei einer Expeditionsfirma den Eilquidienten verrichtet, wollte die Weiche überschreiten und übersch, daß noch rangiert wurde. Sch. geriet zwischen zwei Güterwagen und wurde von den Buffern eingeklemmt. Mit schweren inneren Verletzungen wurde der Verunglückte durch einen Wagen des Städtischen Rettungsdienstes in das nahegelegene Lazarus-Krankenhaus geschafft. Verstorbene Hilfe war bereits vergebens, Schreiner starb nach der Einlieferung. — Um 7 Uhr morgens ereignete sich auf dem städtischen Steinlager, Treptower Chaussee 15/16 ein weiterer Unfall. Der 33jährige Arbeiter Karl Krohn aus der Emser Straße 99 wurde so unglücklich zwischen zwei Pferdegespannen eingeklemmt, daß er einen doppelten Schädelbruch davontrug. A. wurde durch das Städtische Rettungsdienst in das Urban-Krankenhaus gebracht, wo er sehr bedenklich daniebersieht. — In der vergangenen Nacht wurde vor dem Bahnhofgebäude in Nichtenberg der 22jährige Arbeiter Hermann Wiskorf aus Gietow schwer verletzt beinaheungslos aufgefunden. Er wurde in das Auguste-Viktoria-Krankenhaus überführt, ohne bisher das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Ob ein Unfallsfall oder ein Verbrechen vorliegt, bedarf noch der Klärung.

Kindergefährdung durch Infektionskrankheiten.

Das Auguste-Viktoria-Haus (in Charlottenburg, Franzstraße), die Reichsanstalt zur Bekämpfung der Säuglings- und Kleinkindersterblichkeit, ist durch eine besondere Abteilung für Infektionskrankheiten bereichert worden. Diese Erweiterung war nötig geworden, weil die Gefährdung der Kleinkinder durch ansteckende Kinderkrankheiten (Keuchhusten, Masern, Scharlach, Diphtherie usw.) zugenommen hat.

In den Kriegsjahren und in der ersten Zeit nach dem Kriege war bei diesen Krankheiten eine erfreuliche Minderung zu beobachten, dann aber kam — unter dem Einfluß von Ursachen, über die man noch im unklaren ist — eine erneute Zunahme. Nachdem es im Laufe der Jahrzehnte gelungen ist, die Säuglingssterblichkeit sehr merklich einzudämmen, ist heute der Kampf gegen die Kleinkindersterblichkeit ebenso wichtig wie der Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit. In Berücksichtigung dieser Wandlung hat das Auguste-Viktoria-Haus, das bisher nur die nötigsten Einrichtungen zur gesonderten Verpflegung infektionskranker Kinder hatte, jetzt eine selbständige Abteilung eingerichtet, die dem planvollen Kampf gegen die ansteckenden Kinderkrankheiten dienen soll. Daß diese Abteilung in einem ehemaligen Kuhstall untergebracht ist, hat sozusagen eine „tiefer Bedeutung“. Das Gebäude des eigenen Kuhstalls, den das Auguste-Viktoria-Haus früher unterhielt, ist längst überflüssig geworden. Die Wissenschaft hat „umgelernt“, und nicht

mehr die im Stall von trocknen gefütterten Kühen gewonnene Milch, sondern die Milch der in freiem Belieben sich nährenden Kühe gilt heute als geeignetste Kindernahrung. Man hat das alte Kuhstallgebäude ausgebaut, und hier ist die nach den Forderungen der fortgeschrittenen Heilkunde eingerichtete Infektionsabteilung untergebracht worden. Sie wurde am Mittwoch mit einer Feier eröffnet, an der Vertreter von Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden sowie der öffentlichen und der privaten Wohlfahrtspflege teilnahmen. Präsident des Reichsgesundheitsamtes Prof. Dr. Baum, Vorsitzender vom Kuratorium des Auguste-Viktoria-Hauses, und Prof. Dr. Langstein, ärztlicher Direktor dieser Anstalt, wiesen in ihren Reden auf die Wichtigkeit und Notwendigkeit der dem Schutz der Kleinkinder dienenden neuen Infektionsabteilung hin. Langstein betonte, daß diese Abteilung zugleich eine Stätte der ärztlichen Forschung sein wird, und daß sie auch Gelegenheit zur Pflegerinnenausbildung bieten soll. Gezeigt wurde dann ein Film „Seine Majestät das Kind“, der über richtige Pflege des Kindes belehrt. Man wird ihn später auch öffentlich in Kinos zeigen.

Am dieser Feier schloß sich ein Rundgang durch die Anstalt und eine Besichtigung der Infektionsabteilung. In ihr können 25 infektionskranken Kinder verpflegt werden, wobei zur Verhütung von Krankheitsübertragungen strengste Isolierung durchgeführt wird.



Was aus einem Kuhstall geworden ist.

„Museum für Leibesübungen.“

Der Verein „Museum für Leibesübungen“ hatte dieser Tage die Behörden, die Spitzverbände des Sportes — darunter den Berliner Kartellverband und die Zentralkommission für Arbeiterport und Körperpflege — Ärzte, Turn- und Sportlehrer, Vertreter der Kunst und Wissenschaft und eine ganze Reihe Meister des Sportes zu einer Besichtigung des eingerichteten Museums eingeladen.

Oberregierungsrat Dr. Kallwisch gab vorher eine kleine Bilanz des Museumswertes. Er sprach allen Helfern den Dank aus, betonte, daß nach großen Mühen und Schwierigkeiten endlich wenigstens mit der provisorischen Aufstellung der Schaufläche begonnen werden konnte und stellte wiederum die Forderung nach zureichenden, würdigen Räumen, da die jetzige Unterbringung im Schloß völlig unzulänglich sei. Der Verein habe als private Vereinigung mit finanziellen Sorgen zu kämpfen; die von Reich, Staat und Stadt gewährte behördliche Hilfe müsse nicht nur erhalten, sondern vermehrt werden. Das Museum solle nicht nur Sportlern, sondern vor allem Nichtsportlern Anregung und Belehrung bringen, um diese zu gewinnen, jene zu festigen und zu fördern. Ein geistiger Mittelpunkt im Gebiete des Sportes soll geschaffen werden. Dr. Kallwisch sprach sich erfreulicherweise gegen eine Ueberstimmung des Kampfsportgedankens aus, wodurch Raubbau an der Gesundheit der Jugend getrieben werde. Den kurzen Ausführungen von Oberregierungsrat Häußler über die ideale Seite des Sportes und der Leibesübungen schloß sich ein Rundgang durch die Museumsräume an. In einzelnen Abteilungen sind der Sport des Altertums und des Mittelalters, die Geschichte des Turnens, eine Ausstellung von altertümlichen und neuzeitlichen Sportgeräten und schließlich eine große Anzahl von Modellen gebauter und projektierte Sport- und Turnstätten untergebracht. Bis zur endgültigen Aufstellung und Ordnung kann das Museum Einzelpersonen nur in Ausnahmefällen gezeigt werden.

Dachstuhlbrand in Lichterfelde.

Mehrere Löschzüge der Feuerwehr wurden heute früh gegen 4½ Uhr nach der Steglitzer Str. 46 zu Lichterfelde gerufen, wo Teile einer Mansardenwohnung und der darüberliegende Dachstuhl in Flammen standen. Durch das rechtzeitige Erscheinen der Wehren konnte ein Weitergreifen des Feuers verhindert werden. Nach einständiger Löschfähigkeit, wobei aus mehreren Schlauchleitungen Wasser angeben wurde, war die Gefahr beseitigt. Das Feuer war in der Dachkammer, das in der Mansarde liegt, durch Ueberheizen eines Ofens entstanden. — Morgens, kurz vor 4 Uhr, wurden die Wehren von Niederschöneweide und Adlershof nach der Bismarckstraße 61 zu Adlershof alarmiert. In einem großen Voger- und Geräteschuppen der Rohlfirma Roste war aus bisher noch unbekannter Ursache Feuer ausgebrochen, das an den leicht brennbaren Materialien reiche Nahrung fand und sich sehr schnell ausbreitete. Ein anschließender halbmassiver Bureauaum wurde von den Flammen ergriffen und vollständig zerstört. Nach längerer Löschfähigkeit gelang es, das Feuer zu lokalisieren. Die Aufräumarbeiten dauerten mehrere Stunden.

„Mietwucher und Massenentzündungen.“ Unter dieser Ueberschrift hatten wir am Sonnabend mitgeteilt, daß auch dem „Spitzenhaus Huth in der Leipziger Straße ohne Aussicht auf Ersatzräume

gekündigt sei.“ Herr Behrendt, der Besitzer des Hauses, teilt uns dazu mit, daß die Lösung des Mietkontraktes mit Spitzenhuth in freundschaftlicher Weise, unter Auszahlung einer Abfindungsumme erfolgt sei, nachdem die Firma billigere Ersatzräume gefunden hatte. Die Räume werden vom Vermieter selbst benötigt.

Die Quartiermacher des Freikorps Lühow.

Kassel, 15. Dezember. In München, Berlin, Erfurt, Dresden, Magdeburg, Hannover und zuletzt in Kassel, vielleicht auch noch in anderen bisher nicht bekannten Städten, trieben zwei Schwindler ihr Unwesen, die sich als Quartiermacher des Freikorps Lühow ausgaben und zu einer „Reichstagung“ des Freikorps Wohnungen und gemeinsamen Essen in Hotels und Gastwirtschaften für 2000 Mann bestellten. Die „Quartiermacher“ bekamen jeweils völlig freie Station; sie reichten Sammellisten herum und ließen sich die gezeichneten Beträge gegen Quittungen mit hochtönenden Worten auszahlen. Die Gelder verschwanden natürlich in ihren Taschen. Es handelt sich um die Handlungsgehilfen Hermann Schlaf aus Erfurt und Kurt Ruhmann aus Möbielburg bei Erfurt. Schlaf war einer der Führer des Freikorps Lühow; er bemächtigte sich bei der Auflösung des Korps in Obersachsen Ende 1923 sämtlicher Formulare und Stempel. Man erfährt dadurch auch, daß das Freikorps Lühow ein eingetragener Verein war. Mit Hilfe der Briefbogen und Stempel wurden Ausweise und Schriftstücke hergestellt, wie man sie gerade brauchte, aber stets „genehmigt“ von einem Hauptmann a. D. Peter. Der Staatsanwalt beantragte gegen Schlaf ein Jahr drei Monate Zuchthaus, gegen Ruhmann sechs Monate Gefängnis. Das Urteil lautet gegen Schlaf auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis mit milderen Umständen, gegen Ruhmann auf neun Monate Gefängnis. Sie nahmen das Urteil an. Ein gewisser Hermann Schäfer, der auch an der Schwindelaktion beteiligt ist, besitzt noch einen Stempel vom Freikorps Lühow, weshalb zu vermuten ist, daß er das einträgliche Geschäft auch anderweitig noch verfolgen wird.

Begnadigung im Fall Fleffa.

Frankfurt a. M., 15. Dezember. (M.F.) Die Krankenschwester Wilhelmine Fleffa, die bekanntlich seinerzeit den Chirurgen Dr. Seitz erschossen hatte und deswegen vom Schwurgericht zuerst zum Tode, später im Wiederaufnahmeverfahren zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, ist vom Preussischen Staatsministerium zu sieben Jahren Gefängnis begnadigt worden.

Ein Förster erschossen und ausgeraubt. Wie aus Lichtenhagen gemeldet wird, überraschte der Förster eines dortigen Gutes bei seinem Rundgang einen Wilddieb, der den Förster durch einen Schuß niederstreckte. Dann durchschnitt der Wilddieb ihm die Kehle, raubte ihm die Uhr, Geld und Doppelpistole und entkam unerkannt.

Eisenbahnzusammenstoß in Frankreich. Am Dienstagfrüh stieß in der Nähe von Saint Quentin ein Güterzug auf einen alleinstehenden Wagen, der sich von einem anderen Zug gelöst hatte. Einige Minuten später fuhr ein Personenzug auf den Güterzug auf. Infolge des dichten Nebels hatten die Zugführer keine freie Sicht. Unter den Trümmern wurden zwei Tote geborgen. Mehrere Personen wurden verletzt, davon fünf schwer.

Die Eisenbahner für Achtstundentag.

Die vom 11. bis 13. Dezember in Berlin abgehaltene Reichskonferenz der Betriebsräte und Beamtenträte des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands hat folgende Entschliessung zur Arbeitszeitfrage angenommen:

„Die Reichskonferenz der Betriebs- und Beamtenträte des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands fordert entschieden die alsbaldige Wiederherstellung des Achtstundentages und eine damit verbundene Neuregelung der Dienstvorschriften auf dieser Grundlage. Der Vorstand wird beauftragt, bei der bevorstehenden gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit geeignete Schritte zu unternehmen, damit das gesamte Reichsbahnpersonal dem Gesetz unterstellt wird und den gleichen gesetzlichen Schutz genießt wie die übrigen deutschen Arbeiter und Angestellten. An das Reichsbahnpersonal richtet die Konferenz die dringende Aufforderung, diesen Kampf mit allen geeigneten Mitteln zu unterstützen und vornehmlich die freiwillige Leistung von Überstunden und überlangen Dienstschieben abzulehnen, sowie notwendige Überstunden gemäß § 11 des Lohnarbeitsvertrages durch Freizeit auszugleichen.“

Die Konferenz forderte auch eine zeitgemäße Ausgestaltung des Beamteneinstellungsgesetzes nach den vom Allgemeinen Deutschen Beamtenschaftsausschuss Grundrissen und eine beschleunigte Verabschiedung des Gesetzes durch den Reichstag. Im übrigen befaßte sich die sehr gut verlaufene Konferenz, an der nahezu 200 fachverständige Vertreter aller Interessengebiete aus dem ganzen Reich sowie Vertreter des ADGB, des ADL und der dem Einheitsverband nahestehenden befreundeten Gewerkschaften teilnahmen, mit wichtigen aktuellen Fragen des gegenwärtig geltenden Arbeiter- und Beamtenrechts. Die Konferenz gab auch, wie der Vorsitzende, Genosse Scheffel, in seinem Schlusswort feststellte, auf diesem Gebiete sehr wertvolle Anregungen für die tägliche Kleinarbeit der Funktionäre im Reich. Die Konferenz war ein neuer Beweis dafür, daß Räte und Organisation unzertrennbar aufeinander angewiesen sind.

Scheffel stellte unter einmütiger Zustimmung der Konferenz fest, daß die Tagung und ihr Ergebnis zu den besten Hoffnungen für die Zukunft berechtigten. Die Konferenz hat eine einheitliche Linie für die wichtigsten aktuellen Gewerkschaftsfragen sowie für die tägliche Kleinarbeit geschaffen.

Die Kinomusiker zur Tarifkündigung.

Die Berliner Kinomusiker beschäftigten sich am Mittwoch vormittag in einer vom Musikerverband einberufenen öffentlichen Versammlung in den Sophienhöfen mit der Kündigung des Tarifvertrages, die vom Schutzverband deutscher Filmtheater (Ufa) zum 31. Dezember ausgesprochen ist. Wie Genosse Schiemeng vom Verbandsvorstand berichtete, sind, trotzdem der Vertrag bereits im September gekündigt worden ist, von den Lichtspielbesitzern bis heute noch keine Abänderungsvorschläge eingereicht worden. Die Absichten der Unternehmer traten aber auf der gemeinsamen Versammlung der Berliner Kinobesitzer am 7. Dezember klar zutage. Die Vertreter der Ufa-Lichtspiele vertraten die Auffassung, daß man noch eine weitere Vorstellung geben solle, was infolge der neuesten Berliner Polizeiverordnung, die die Verlängerung der Spielzeit in den Kinos um zwei Stunden bis 1 Uhr nachts gestattet, durchführbar ist. Weiter soll bei dem bevorstehenden Neuabschluss des Tarifvertrages versucht werden, die Überstundenbezahlung sowie die Bezahlung der Proben abzuschaffen und dergleichen mehr. Diesen Bestrebungen der Ufa-Besitzer werden die Vertreter des Musikerverbandes und die Lohnkommission nicht nur entschieden gegenübergetreten, sie werden

darüber hinaus verlangen, daß in den neuen Vertrag noch einige Verbesserungen hineingearbeitet werden.

Nach wochenlanger Verschleppung der ständig geforderten Verhandlungen hat sich der Schutzverband endlich bereit erklärt, heute, Donnerstag, in Verhandlungen einzutreten.

Ob es zu einer friedlichen Verständigung kommen wird, hängt ganz von der Einstellung der Ufa-Vertreter ab. Die Organisation ist jedenfalls entschlossen, jede beabsichtigte Verschlechterung der bisherigen Arbeitsbedingungen mit allen gewerkschaftlichen Mitteln abzuwehren.

In der Diskussion traten alle Redner der Auffassung des Vorstandes des Deutschen Musikerverbandes bei und forderten die Erschienenen zur regsten Agitation unter den nicht organisierten auf, damit es bald wieder gelingt, mit den übrigen Lichtspielbesitzern Berlins ebenfalls zum Tarifabschluss zu kommen. In einer im Sinne des Referats abgefaßten Entschliessung, die einstimmig angenommen wurde, wird weiter gegen die Verlängerung der Spielzeit in den Lichtspieltheatern bis 1 Uhr protestiert und verlangt, daß der 11-Uhr-Spielabschluß wieder eingeführt wird, da die Mehrarbeit eine derartige körperliche und geistige Überanstrengung erfordert, die die Gesundheit der Musiker aufs schwerste gefährdet. Es wurde weiter beschlossen, in der Nacht vom Montag zum Dienstag eine neue Versammlung abzuhalten, die zu dem Verhandlungsergebnis Stellung nehmen soll. Die Versammelten zeigten sich entschlossen, sofort in den Kampf zu treten, wenn nicht noch vor Weihnachten der Tarif in einer annehmbaren Form neu abgeschlossen wird.

Die Textilbarone in München-Gladbach.

Den Schiedspruch lehnten sie ab.

Während die Arbeiter dem am 10. Dezember gefällten Schiedspruch zur Vermeidung des 40 000 Arbeiter und Arbeiterinnen erfassenden Kampfes angenommen haben, brachten die Unternehmer es fertig, den Schiedspruch abzulehnen. Durch den Schiedspruch sollten die Tariflöhne um 10 Proz. und die Akkord-Stücklöhne um 4 Proz. erhöht werden.

Würde dieser Schiedspruch nicht für verbindlich erklärt, dann müßten die Passierer ihre Kündigung aufrecht erhalten, woraus die Unternehmer das Recht zu einem allgemeinen Überlaß an der Textilarbeiterschaft durch die angeordnete Aussperrung ableiten, mit der sie auch in Sachsen rechnen.

So spielen die Unternehmer mit dem Wirtschaftsfrieden, auf dessen Erhaltung sie vorgeblich so großen Wert legen. Freilich, wie sie den „Wirtschaftsfrieden“ auffassen, bedeutet er ein Recht auf unbefristete Ausbeutungsfreiheit. Dieser Annäherung stellt die Arbeiterschaft ihr Recht zum Leben gegenüber.

Einigung in der Dresdener Zigarettenindustrie.

Dresden, 16. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Vergleichsverhandlungen vor dem Schlichter führten zu einer Verlängerung des Lohnabkommens bis Ende 1927, mit der Maßgabe, daß die Löhne ab 15. Februar um wöchentlich 2 M., ab 1. Juni um 1 M. und ab 1. Oktober 1927 nochmals um 1 M. erhöht werden.

Der Streik der Zigarettenmaschinenführer ist damit beendet und die zu Freitag früh angeordnete Aussperrung der gesamten übrigen Belegschaft gegenstandslos geworden.

Der Streik in der Antwerpenen Diamantenindustrie.

Antwerpen, 16. Dezember. (M.B.) Die Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Diamantenindustrie verliefen ohne Ergebnis. Der Streikfall ist dem Schiedspruch des Staatshalters unterbreitet worden.

Englische Gewerkschaftsreformatoren.

Lord Cecil für industriellen Frieden

London, 16. Dezember. (M.B.) In der Dienstagssitzung des Oberhauses wurde über die Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern verhandelt mit dem Ziel, einen dauernden industriellen Frieden herbeizuführen. Lord Cecil billigte diesen Vorschlag und erklärte, daß das Grundübel, das gegenseitige Mißtrauen, zuerst ausgeremert werden müsse. Die Arbeiter könnten nicht allein durch Anteilsaktien oder Kapitalbeteiligung befriedigt werden, sondern nur durch das Recht, in industriellen Angelegenheiten mitbestimmen zu dürfen.

Baldwin will die Gewerkschaften entpolitisieren.

London, 16. Dezember. (M.B.) In einem von Baldwin anlässlich der bevorstehenden parlamentarischen Erziehung in Smethwick an den konservativen Kandidaten gerichteten Brief heißt es: den Anhängern der Kommunisten müsse Einhalt geboten werden. Es sei notwendig, sie zu verhindern, daß sie auch die Gewerkschaften für ihre bösen Zwecke mißbrauchen. Damit sei nicht gemeint, daß die Gewerkschaften vernichtet werden sollten, sondern lediglich, daß sie wieder zu rein industriellen Organisationen gemacht werden müßten.

Havelock Wilson hat's schon geschafft.

London, 16. Dezember. (M.B.) Die Mitglieder der Nationalen Vereinigung der Seeleute haben auf Grund einer Abstimmung, die sich über insgesamt drei Monate hinweg, mit großer Mehrheit entschieden, ihre Organisation von allen politischen Verbindungen freizuhalten. Die Gewerkschaft wird infolgedessen auch die Verbindung mit der Arbeiterpartei ablehnen. Die den Mitgliedern zur Entscheidung vorgelegten Fragen lauteten:

1. Besteht nach Ansicht der Mitglieder irgendein Vorteil für die Gewerkschaften darin, irgendeiner politischen Organisation angeschlossen oder mit ihr verschmolzen zu sein?
2. Ist es die Meinung der Mitglieder, daß die Gewerkschaft ihre gegenwärtige Verbindung mit politischen Organisationen fortsetzen soll?

Das Ergebnis der Abstimmung war 13 986 Stimmen gegen und 2382 Stimmen zugunsten der politischen Verschmelzung.

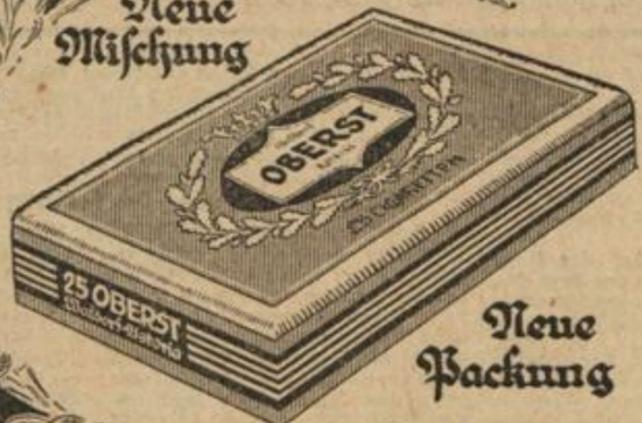
Coof bleibt nicht in Moskau.

Er hat jedoch nach einem Bericht, den die „Bessische Zeitung“ aus Moskau erhielt, angekündigt, daß er seine drei Kinder im Alter von 4 bis 16 Jahren nach Moskau schicken werde, „damit sie eine gründliche Erziehung im Kommunismus erhalten“. Er würde diesem Erziehungsamt und wohl noch mehr den englischen Bergarbeitern dienen, wenn er sich entschließen könnte, seinen dauernden Wohnsitz in Moskau zu nehmen.

Verantwortlich für Vollst.: Dr. Carl Grotz; Wirtschaft: Heinz Gebraus; Gewerkschaftsberichterstattung: J. Gieseler; Anzeigen: R. A. Köhler; Sozial- und Sanitäts: W. K. K. K.; Druck: Bismarck-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Sinaer u. Co. Berlin SW 68 Lindenstr. 3.

ZAHNE mit Kautschukplatte 1 u. 2 Mark, ohne Gaumen, Brücken von 5 Mark. — Teilzahlung gestattet. 3 Jahre weitgehende Garantie. Zahnziehen bei Bestellung gratis.
Hatvani Danziger Straße 1 — Zimmerstraße 86
Luisenstr. 27 / Charlbg., Schlüterstr. 73

Neue Mischung



Neue Packung

Ein neuer Waldorf-Typ von unvergleichlicher Eigenart ist unsere neue

OBERST

Ungewöhnlich mild und doch gehaltvoll ist diese hervorragende

5 & Cigarette

ein glänzendes Zeugnis für die Leistungsfähigkeit unseres Hauses.

Waldorf-Astoria
Cigarettenfabrik A.-G.

Kinderräder
das passende Weihnachtsgeschenk.

Kinderräder für 3-5 Jahre, mit Kettenübertragung, Gummirollen, buntfarb. emaill. **Mk. 20**
 Kinderdreiräder für 3-5 Jahre, m. Kettenübertragung, Gummirollen, buntfarb. emaill. **Mk. 30**
 Jugendräder für 4-12 Jahre, m. gut. Vuliherstellung, für Knaben und Mädchen **Mk. 48**

Einzelne Kinderwagen mit Treilager, Gabel- und Einstellklappe in größter Auswahl.

Ernst Machnow Berlin, Weinmeisterstraße 14
Filiale Charlottenburg Wilmersdorfer Straße 44-47
Größtes Fahrradhaus Deutschlands
Reparatur nach Wunsch gratis und franco.
Sonntag geöffnet von 2-6 Uhr!

Photoapparate, Feldstecher
kaufen Sie gut und preiswert im
Photo-Spezialhaus Haller, Kottbuser Damm 98

Billige Spielwaren
30-50 Bros. billiger wegen W. u. gabe der Abwicklung:
Gefährtschispiele von 20 Stk. an, Baubertäfelchen von 75 Stk. an, Baubertäfelchen 30 Stk., Baubertäfelchen 30 Stk., Baubertäfelchen, gefüllt mit 20 Spielwaren, zum 5 Stk.; Tischspiel: 2 Stk., Knetmasse 1 Stk., ex. fahrbare Tiere mit Stimme 1 Stk., Märchenquartett 30 Stk. Viele Sorten Spielwaren und Puppen. — Für Besondere sehr beliebt!
L. Wenz & Co., Markgrafenstr. 84, an d. Lindenstr., opp. 1890

Soeben neu erschienen:

Kinderland 1927

Ein Märchenbuch für unsere Knaben und Mädchen. Ein schönes Geschenkwerk für den Weihnachtstisch. Reich illustriert mit Tiefdruck- und Buchdruckbildern. Streubilder und Vignetten beleben den Text. Die Umrahmungen des Kalendariums stellen den Kindern bekannte Märchen dar.
Preis des Buches 1,25 R.-Mark

Illustrierter sozialdemokratischer Abreißkalender 1927

Ein reich illustriertes Familienjahrbuch. Jeder Tag des Jahres hat sein Bild. Auf der Vorderseite sind das Kalendarium und die Gedenktage untergebracht, die Rückseiten enthalten statistische Angaben, Zitate, Gedichte, Sprüche. Die Rückwand ist in Dreifarben-Tiefdruck hergestellt. In keiner Familie sollte dieser wichtige Kalender fehlen.
Preis des Kalenders 2 R.-Mark

Zu haben in allen Vorwärts-Abgabestellen, der Buchhandlung J. H. W. Dietz Nachf., SW. 68, Lindenstr. 2 und direkt von der Vorwärts Buchdruckerei, SW. 68, Lindenstr. 3

Der vorteilhafte FREITAG bei

An jedem Freitag besonders günstige Angebote an allen Stofflägern, dazu meine preiswerten Reste und Einzelpaare

Unter anderem am 17. Dez. auch

Baumw. Flanell hübsche Druckmuster, 70/80 cm breit	0,75
Wollflanell beid., aparte Farbenstellungen, 90/100 cm breit	2,50

CORDS

DAS HAUS DER GUTEN QUALITÄTEN
Leipziger-Ecke Charlottenstrasse